

Beschäftigte und Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise

Heiner Dribbusch

Zwei Jahre nach der Zuspitzung der Finanzkrise sieht es so aus, als seien die Mehrzahl der Beschäftigten und auch die Gewerkschaften bis dato vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen. Der Finanzsektor erscheint vorerst stabilisiert, auch wenn große Unwägbarkeiten bleiben. In den besonders von der Krise betroffenen, mit der Autoindustrie verbundenen Branchen gelang im Zusammenwirken von Management, betrieblicher Interessenvertretung, Tarifvertragsparteien und Regierung ein korporatistisches Krisenmanagement, das die Kernbelegschaften weitgehend vor unmittelbarem Arbeitsplatzverlust schützte. Die krisenbedingte Arbeitslosigkeit, die durch extensive Ausschöpfung von Arbeitszeitkonten und breite Nutzung der Kurzarbeit ohnehin nur gering angestiegen war, ist bereits wieder rückläufig. Ihre Jobs verloren haben vor allem befristet Beschäftigte sowie Leiharbeiter, was in den Betrieben die Krise externalisierte und zugleich, wie durchaus in den Gewerkschaften registriert wurde, die Ausweitung prekärer Beschäftigung weiter befördert.

Zugleich haben sich die im Herbst 2008 zu hörenden Nachrufe auf den Neoliberalismus als verfrüht erwiesen. Das Gleiche gilt für die Hoffnungen auf grundlegende Revisionen des dominierenden Kapitalismusmodells oder – bescheidener – auf eine linkskeynesianische Wende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Zwar hatten staatsinterventionistische Zwischenlösungen zur Abwendung des Kollaps der Finanzsysteme Konjunktur, wobei die Bundesregierungen selbst hier eher durch Zurückhaltung auffielen, ein fundamentaler Kurswechsel blieb aber aus. Allerdings fand auch keine entsprechend kritisch ausgerichtete soziale Bewegung statt, die durch ihre Breite und Stärke einen solchen Kurswechsel erfolgreich hätte einfordern können.

Seitens der Beschäftigten dominierte eine abwartende Haltung, die von ganz unterschiedlichen Betroffenheiten geprägt war. Ein Teil, insbesondere in den mit der Autoindustrie verbundenen Branchen, musste unmittelbar um seine Arbeitsplätze fürchten und war an raschen, betrieblichen Krisenlösungen interessiert. Zugleich war „Krise“ für diejenigen, die bereits mehrere Wellen krisenhafter Restrukturierungen hinter sich hatten, bereits ein Stück Alltag geworden. Andere Beschäftigte fühlten sich allenfalls indirekt oder zunächst gar nicht von der Krise betroffen. Entsprechend vielfältig war das Spektrum der Krisenreaktionen, wie es sich 2009 beispielhaft ausdrückte: bei der eher verhaltenen Mobilisierung zu den Krisendemonstrationen im Frühjahr, als Streiks in den Auseinandersetzungen bei den Kitas und der Gebäudereinigung oder in den betrieblichen Protesten bei Daimler in Sindelfingen. Gleichzeitig zeigten der anhaltende Rückhalt der Mindestlohnkampagne, die Sympathie, die die Kassiererin „Emmely“ durch die Instanzen begleitete oder auch die breite

Unterstützung im Schlecker-XL-Konflikt, dass es gerade auch in Krisenzeiten Gerechtigkeitsfragen gibt, die über die Gewerkschaften hinaus mobilisierungsfähig sind.

Die zum Teil bereits als Renaissance gedeutete Einbindung der Gewerkschaften in das staatliche und betriebliche Krisenmanagement basierte wesentlich auf der Wiederentdeckung ihrer Funktion als betriebliche und tarifpolitische Ordnungsmacht seitens kurzzeitig verunsicherter Unternehmen und der Regierung. Auf betrieblicher Ebene wurden bestehende betriebliche Wettbewerbspakte zu veränderten Konditionen nachverhandelt, andere neu geschlossen. In den Krisenbranchen fanden sich Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zu temporären Interessengemeinschaften, deren tarifpolitische Ergebnisse insbesondere der IG Metall eine lange nicht mehr gekannte mediale Anerkennung einbrachten. Über das unmittelbare Krisenmanagement hinausreichende Vorschläge aus den Antikrisenprogrammen der Gewerkschaften gelangten jedoch nicht in die breitere Debatte. So erfolgreich die Gewerkschaften in vielen Fällen die Tagesinteressen ihrer Mitglieder vertreten haben, so offen bleibt, wohin die Beschäftigungsbrücken perspektivisch führen sollen.

Im seit Mitte der 1990er Jahre zugunsten der Unternehmen verschobenen Kräfteverhältnis hat sich die Lage der Gewerkschaften nicht verbessert. Ihre Handlungsspielräume sind in der Krise geringer geworden. Die strategische Herausforderung besteht unvermindert fort, betriebliche Verankerung zu verteidigen, zu vertiefen und zu verbreitern. Insofern war es wichtig, dass die vor der Krise gestarteten Ansätze aktivierender Betriebs- und Kampagnenpolitik fortgeführt wurden. In welche weiterreichenden Strategien und gesellschaftlichen Perspektiven diese Ansätze eingebunden werden, bleibt Gegenstand gewerkschaftlicher Diskussionsprozesse. Sicher ist, dass die Krisenfolgen noch weit über das Jahr 2010 hinaus die sozial- und verteilungspolitische Auseinandersetzung in Deutschland bestimmen werden. Mit der Vorlage der Sparpakete der konservativ-liberalen Koalition ist diese bereits praktisch geworden. Die im vorliegenden Heft versammelten Beiträge liefern Anregungen und Anstöße zu den angeschnittenen Fragen. Dabei spannt sich der Bogen von der strategischen Bedeutung des Wohlfahrtsstaats für die Gewerkschaften über Fragen des Krisenbewusstseins bis zur Reflexion von Chancen und Grenzen gewerkschaftlicher Praxis, auch über den bundesdeutschen Tellerrand hinaus.

Konzept und Koordination des Schwerpunkthefts:

Heiner Dribbusch, Dr., Wissenschaftler im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaftspolitik.

e-mail: Heiner-Dribbusch@boeckler.de